



## Neufassung Nr. VI-A-02118-NF-02

Status: öffentlich

Beratungsfolge:

Gremium	Termin	Zuständigkeit
Ratsversammlung		Beschlussfassung
Verwaltungsausschuss	01.03.2017	Vorberatung
FA Allgemeine Verwaltung	07.03.2017	Vorberatung

Eingereicht von  
**SPD-Fraktion**

Betreff

**Transparenz trotz Verschwiegenheitspflichten verbessern**

Rechtliche Konsequenzen

Der gemäß Ursprungsantrag gefasste Beschluss wäre

Rechtswidrig und/oder

Nachteilig für die Stadt Leipzig.

---

Zustimmung

Ablehnung

Zustimmung mit Ergänzung

Ablehnung, da bereits Verwaltungshandeln

Alternativvorschlag

Sachstandsbericht

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,

1. ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Einhaltung der Verschwiegenheitspflichten in den Gremien der Stadt und ihrer Eigenbetriebe vorzulegen sowie ähnliche Regelungen auch bei den kommunalen Beteiligungsgesellschaften anzuregen,
2. ein Maßnahmenpaket zur Dokumentensicherheit und
3. ein Konzept für mehr Transparenz der Entscheidungen der Gremien

schlüssig aufeinander abgestimmt zu erarbeiten und dem Stadtrat bis zum Ende des II. Quartals 2017 vorzulegen.

## Prüfung der Übereinstimmung mit den strategischen Zielen:

Finanzielle Auswirkungen			nein	wenn ja,
Kostengünstigere Alternativen geprüft		nein	ja, Ergebnis siehe Anlage zur Begründung	
Folgen bei Ablehnung		nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung	
Handelt es sich um eine Investition (damit aktivierungspflichtig)?		nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung	

Im Haushalt wirksam	von	bis	Höhe in EUR	wo veranschlagt
Ergebnishaushalt	Erträge			
	Aufwendungen			
Finanzhaushalt	Einzahlungen			
	Auszahlungen			
Entstehen Folgekosten oder Einsparungen?		nein		wenn ja,

Folgekosten Einsparungen wirksam	von	bis	Höhe in EUR (jährlich)	wo veranschlagt
Zu Lasten anderer OE	Ergeb. HH Erträge			
	Ergeb. HH Aufwand			
Nach Durchführung der Maßnahme zu erwarten	Ergeb. HH Erträge			
	Ergeb. HH Aufwand (ohne Abschreibungen)			
	Ergeb. HH Aufwand aus jährl. Abschreibungen			

Auswirkungen auf den Stellenplan		nein	wenn ja,
Beantragte Stellenerweiterung:	Vorgesehener Stellenabbau:		
Beteiligung Personalrat		nein	ja,

**Sachverhalt:**

Die Einhaltung von Verschwiegenheitspflichten, die Sicherheit nichtöffentlicher Dokumente und die Transparenz der Entscheidungen der Gremien müssen gemeinsam gedacht werden. Allerdings gibt es dort noch viel Handlungsbedarf für die Stadt. So kommt es immer wieder vor, dass Informationen aus nicht-öffentlichen Gremien der Stadt an Dritte weitergegeben werden. Dadurch wird die für diese Gremien vereinbarte Vertraulichkeit empfindlich gestört, was die Arbeit des Stadtrates sowie der Aufsichtsgremien deutlich erschwert.

Offene Diskussionen von Problemlagen werden so immer schwieriger, weil befürchtet werden muss, dass entsprechende Informationen kurze Zeit später in verschiedenen Medien zu finden sein werden. Mit entsprechenden Maßnahmenpaketen sollen deshalb die Einhaltung der Verschwiegenheitspflichten und die Sicherheit nichtöffentlicher Dokumente mit dem berechtigten Wunsch nach Transparenz von Entscheidungen der Gremien gemeinsam verbessert werden. Beispiele für entsprechende Ansätze könnten sein: bessere Aufklärung über Verletzungstatbestände der Verschwiegenheitspflichten, konsequente Erfassung von Verstößen, mehr Klarheit über Reaktions- und Sanktionsmöglichkeiten, unbedingte Prüfung und Anwendung derselben bei Verstößen, zügigere Bearbeitung von Meldungen zu möglichen Verstößen, Prüfung der Zugangsmöglichkeiten zu nichtöffentlichen Dokumenten, Sicherung derselben gegen unbefugten Zugang, Verwendung von "Hemmschwellen" zur Weitergabe, verbesserte Darstellung der öffentlichen Abstimmungsergebnisse aus den Gremien etc.

**Anlagen:**